



Foto: Herbert Schlemmer

Eine vietnamesische Delegation kam zum Informationsaustausch in die Bundesgeschäftsstelle.

Vietnamesische Delegation zum Informationsaustausch beim SoVD

Fachkräftemangel auch in Japan

Hochrangige Wissenschaftler und Politiker aus Vietnam statteten im Rahmen einer europäischen Informationsreise im September dem SoVD einen Besuch ab.

Dabei interessierten die Teilnehmer der Delegation sich vor allem für die einzelnen Sozialversicherungssysteme, da offenbar in Vietnam ähnliche Probleme wie in Deutschland bestehen. So werde auch dort diskutiert, den Rentenbeginn zu verlängern, wenngleich in Vietnam zunächst eine Heraufsetzung des Rentenbeginns von 55 auf 60 Jahre bei Frauen geplant ist.

Die Abteilung Sozialpoli-

tik erläuterte den vietnamesischen Experten die Grundzüge der deutschen Sozialversicherungssysteme und die aktuellen Reformvorhaben sowie die Kritik des Sozialverband Deutschland daran. Dabei wurde auch deutlich, dass zum Beispiel der Fachkräftemangel in der Pflege kein deutsches Problem ist. So berichtete die vietnamesische Delegation davon, dass Japan ebenfalls Fachkräfte suche und den zuständigen vietna-

mesischen Behörden gezielte Kooperationsangebote unterbreiten würden, um Fachkräfte abzuwerben. Auf besonderes Interesse stieß auch die Vorstellung des SoVD als nicht staatliche Organisation, die durch Stellungnahme zu Gesetzentwürfen, Sachverständigenanhörungen im Bundestag sowie durch Gespräche in Ministerien und mit weiteren Politikern die Interessen seiner Mitglieder durchzusetzen versucht.

SoVD vertritt Interessen im Justizministerium

Patientenrechte stärken

Als Reaktion auf die erste SoVD-Bewertung des Grundlagenpapiers „Patientenrechte in Deutschland“ des Bundesministeriums der Justiz (BMJ), des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) und des Patientenbeauftragten lud das BMJ den SoVD zu einem Gespräch in das Ministerium nach Berlin ein. Seitens des BMJ nahmen Staatssekretärin Dr. Birgit Grundmann, Karl-Heinz Oehler, Leiter der Unterabteilung Bürgerliches Recht, sowie Dr. Larissa Thole, Sonderbeauftragte Patientenrechte, teil. Der SoVD war durch Präsident Adolf Bauer und Fabian Székely, Referent der Abteilung Sozialpolitik, vertreten.

Zu Beginn des Gesprächs konnte Adolf Bauer den SoVD ausführlich vorstellen. Staatssekretärin Dr. Grundmann zeigte durch wiederholtes,

Problematik der IGeL-Leistungen angesprochen

auch kritisches Nachfragen Interesse an behindertenpolitischen Fragestellungen. Zum Thema Kodifizierung des Behandlungsvertrages stellte der SoVD sein Konzept vor, den Behandlungsvertrag als Verbrauchervertrag zu deklarieren und die Pflichten ausführlich im Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) zu regeln.

Des Weiteren wurde auf die Problematik der individuellen Gesundheitsleistungen – kurz IGeL-Leistungen genannt – hingewiesen. So stellte der

SoVD fest, dass die Problematik der IGeL-Leistungen nicht primär in der wirtschaftlichen Aufklärung, sondern in der Art und Weise des Angebots bzw. des Aufdrängens der Leistung bestehe.

Hinsichtlich des zweiten Schwerpunktes, der Beweislastverteilung, betonte das BMJ, dass hier über eine Kodifizierung der Rechtsprechung hinaus keine Regelungsmöglichkeit bestehe.

Zum Thema der Schlichtungsstellen signalisierte der SoVD grundsätzlich Einverständnis mit der geplanten bundeseinheitlichen, transparenten Ver-

Aufklärung, sondern in der Art und Weise des Angebots bzw. des Aufdrängens der Leistung bestehe.

he.

Hinsichtlich des zweiten Schwerpunktes, der Beweislastverteilung, betonte das BMJ, dass hier über eine Kodifizierung der Rechtsprechung hinaus keine

Regelungsmöglichkeit bestehe.

Zum Thema der Schlichtungsstellen signalisierte der SoVD grundsätzlich Einverständnis mit der geplanten bundeseinheitlichen, transparenten Ver-

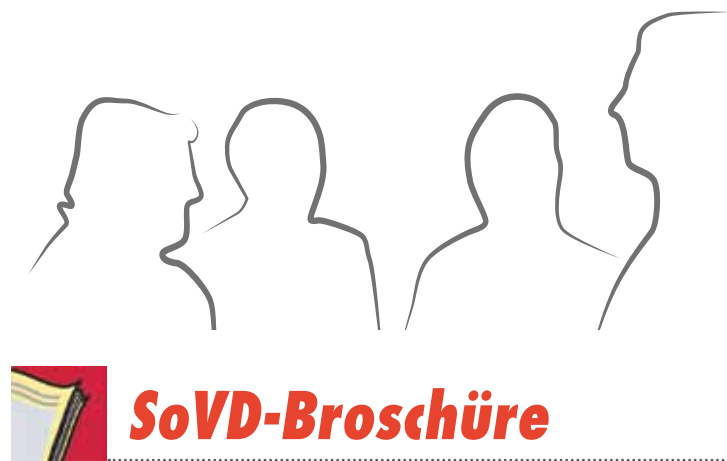
fahrensordnung unter Einbezug der Patienten. Inwieweit langfristig Transparenz durch Ablösung der Stellen von den Ärztekammern realisiert werden kann, blieb strittig.

Schließlich äußerte sich der SoVD noch zur Stärkung der Patientenvertretung und deren Legitimation.

Das Bundesministerium der Justiz zeigte sich insgesamt an einem weiteren Meinungsaustausch interessiert. Insgesamt sollte der Sozialverband

Deutschland neben dem Kontakt mit den Fachministerien auch

den Kontakt mit dem BMJ intensivieren, um über diese Ebene Einfluss auf die laufenden Gesetzgebungsverfahren nehmen zu können.



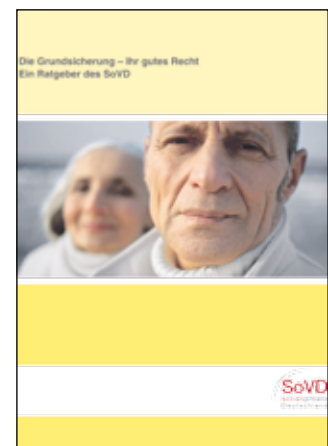
Die Grundsicherung – Ihr gutes Recht

Die SoVD-Broschüre „Grundsicherung – Ihr gutes Recht“ ist aufgrund der großen Nachfrage der Mitglieder leider derzeit vergriffen. Eine Neuauflage inklusive Aktualisierung des Ratgebers ist in Arbeit. Im Folgenden eine kurze Info vorab.

Eine Überarbeitung der Broschüre ist aufgrund der sogenannten Regelsatz-Reform und der angekündigten Anhebung der Regelbedarfe unbedingt erforderlich. Sobald die aktualisierte Broschüre wieder verfügbar ist, werden wir darüber in der SoVD-Zeitung informieren. Hier eine Vorabinformierung zur Höhe der Regelbedarfsstufen. Die Verordnung zur Fortschreibung der Regelbedarfsstufen für das Jahr 2012 sieht folgende Stufen vor:

- 374 Euro für die Regelbedarfsstufe 1
- 337 Euro für die Regelbedarfsstufe 2
- 299 Euro für die Regelbedarfsstufe 3
- 287 Euro für die Regelbedarfsstufe 4
- 251 Euro für die Regelbedarfsstufe 5
- 219 Euro für die Regelbedarfsstufe 6

Noch ist diese Verordnung nicht erlassen. Es ist aber davon auszugehen, dass sie ohne Änderungen zum 1. Januar 2012 in Kraft treten wird.



Glückwunsch zur neuen Aufgabe

Mit einem persönlichen Anruf verabschiedete sich der beamtete Staatssekretär des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Andreas Storm, bei SoVD-Präsident Adolf Bauer aus seinem Amt.

Bereits am 12. August hatte die neu gewählte saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer bekannt gegeben, dass Storm neuer Chef der Staatskanzlei des Saarlandes wird. Die Zusammenarbeit zwischen SoVD und Storm war stets – auch bei unterschiedlichen Positionen – überaus offen, konstruktiv und freundlich. Storm verschloss sich nie schlüssigen Konzepten und versuchte, Politik für Menschen zu gestalten. Er ist ein wichtiger Gesprächspartner für den Sozialverband Deutschland (SoVD) geworden, der fachlich und persönlich eine echte Bereicherung war. Der SoVD hofft, den Kontakt zu Minister Storm in seiner Funktion als Chef der Saarbrücker Staatskanzlei und Minister für Bundesangelegenheiten fortsetzen zu können und gratuliert ihm herzlich zu seiner neuen Aufgabe.



Andreas Storm